Beschlussvorlage 02/18

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:

Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und die Entlastung des Vorstandsvorstehers

Sachverhalt und Begründung:

Gemäß § 95 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) in Verbindung mit § 18 des Gesetzes zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit (GkG) hat der VHS-Zweckverband Kamen-Bönen zum Schluss eines Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Er muss unter Beachtung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen vermitteln und ist zu erläutern.

Der Vorstandsvorsteher leitete den Entwurf des Jahresabschlusses 2017 der Zweckverbandsversammlung am 22.03.2018 zu.

Der VHS-Zweckverband Kamen-Bönen legte gemäß § 95 Absatz 3 GO und § 18 GkG in Verbindung mit § 37 GemHVO zur Rechenschaftslegung über das abgelaufene Jahr 2017 der Zweckverbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen die folgenden begründenden Unterlagen zur Kenntnis und Beratung vor:

Jahresabschluss 2017

- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Teilrechnungen
- Schlussbilanz zum 31.12.2017
- Anhang

Lagebericht nach § 48 GemHVO in Verbindung mit §18 GkG

Die Bilanz zum 31.12.2017 schließt auf der Aktiv- und Passivseite mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.356.435,00 Euro ab und weist in der Übereinstimmung mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Haushaltsjahr 2017 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.670,00 Euro aus.

Der Jahresfehlbetrag wird nach Feststellung durch die Zweckverbandsversammlung der Bilanzposition „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ zugeführt.

Gemäß § 10 der Satzung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen in Verbindung mit den §§ 101 ff GO NRW hat der Rechnungsprüfungsausschuss des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen den Entwurf des Jahresabschlusses 2017 geprüft, mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und der Versammlung zur Feststellung vorgelegt.

Nach Maßgabe des § 96 Absatz 1 GO NRW in Verbindung mit § 18 GkG entscheidet die Zweckverbandsversammlung nach Vorlage des Jahresabschlusses und des Lageberichtes über die Entlastung des Vorstandsvorstehers. Eine Verweigerung oder Erteilung mit Einschränkungen ist von der Zweckverbandsversammlung besonders zu begründen.

Nach der Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2017 wird empfohlen, dem Verbandsvorsteher uneingeschränkt Entlastung zu erteilen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss 2017 wird einschließlich des Lageberichtes festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.670,00 Euro wird der Bilanzposition „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ zugeführt.
3. Dem Verbandsvorsteher wird für das Haushaltsjahr 2017 uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Finanzielle bzw. haushaltsrechtliche Möglichkeit der Verwirklichung:

Lauf der Vorlage	zuständiges Gremium	Sitzung am:	Punkt der Tagesordnung:	Ergebnis der Abstimmung
a) Beratung (ohne Entscheidung)				
b) Beratung (mit Entscheidung)	ZVV	13.06.2018	A1	

VHS-Leiter:

gez.
Dr. Freiburger

Verbandsvorsteher:

gez.
Hupe